



Clarissa Schär | Stefan Schnurr | Heiko Berner |
Florian Eßer | Elisabeth Richter |
Doris Rosenlechner-Urbaneck | Wolfgang Schröer (Hrsg.)

Partizipative Forschung und Empowerment

Erkundungen in Feldern
der Sozialen Arbeit

Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit

Herausgegeben von

Heiko Berner | Florian Eßer | Elisabeth Richter |

Doris Rosenlechner-Urbaneck | Clarissa Schär | Stefan Schnurr

Partizipative Forschung steht für eine Forschungspraxis, bei der Personen, die durch eigene Betroffenheit mit dem Gegenstand der Forschung verbunden sind, im Forschungsprozess mitwirken und mitentscheiden. Die Reihe will partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit sichtbar machen und bietet mit den Bänden Einblicke in Designs, Praxis und Ergebnisse partizipativer Forschung in diesem Feld. Damit eröffnet sie Zugänge zu Diskussionen über theoretische, epistemologische, forschungsmethodische und ethische Fragen partizipativer Forschung. Zugleich versteht sie sich als Forum für kritische Diskussionen über Potenziale, Herausforderungen und Grenzen partizipativer Forschung und möchte die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Form der Forschung reflektieren.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz **Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)** veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>. Verwertung, die den Rahmen der CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für die Bearbeitung und Übersetzungen des Werkes. Die Beltz Verlagsgruppe behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Die Beltz Verlagsgruppe behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-8829-8 Print
ISBN 978-3-7799-8830-4 E-Book (PDF)
DOI 10.3262/978-3-7799-8830-4

1. Auflage 2026

© 2026 Beltz Juventa
Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
service@beltz.de
Einige Rechte vorbehalten

Satz: Helmut Rohde, Euskirchen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag
(ID 15985-2104-1001)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Partizipative Forschung und Empowerment in der Sozialen Arbeit.

Zur Einführung in diesen Band

Stefan Schnurr und Clarissa Schär

[7](#)

Dreamteam Empowerment und partizipative Forschung?

Möglichkeiten und Grenzen der Selbstbefähigung in partizipativen Forschungsprojekten

Doris Rosenlechner-Urbaneck und Heiko Berner

[25](#)

Empowerment in partizipativer Forschung – eine (Un-)Möglichkeit?

Blicke auf ein umkämpftes Konzept in widersprüchlichen Verhältnissen

Marlene Märker, Jacqueline Hackl und Magdalena Strasser

[42](#)

Unsichtbarkeit in der partizipativen Forschung.

Mehrdimensionale Reflexion von Macht und Empowerment am Beispiel von Care Leaver*innen-Forschung

Katharina Mangold und Angela Rein

[57](#)

Transformative Community-Forschung im Stadtteillabor Bochum.

Empowerment durch mehrdimensionales und multidirektionales

Border-Crossing

Silke Betscher, Christiane Falge, Ibtisam Ahmad, Nahera Ahmed,

Dilbuhar Amin, Iman Hussein, Deeqa Ismail, Sabine Kološa,

Bushra Sharif, Elham Youssef und Julnar Aref

[74](#)

Partizipative Forschung im Freiraum.

Sexualität + ICH

Katarina Prchal

[91](#)

Empowerment durch die wechselseitige Erweiterung von Agency in partizipativen, transdisziplinären und transformativen Forschungs- und Gestaltungsräumen

Susanne Lang, Iz Paehr, Tobias Zarges, Jasper Meiners und Michelle Terschi

[107](#)

Von der partizipativen Forschung zum Empowerment.

Eine methodologische Bestimmung kollaborativer Autoethnographie

Sophia Schorr, Daniel Lieb, Leah Stange, Stefanie Vochatzer und

Anna Maria Kamenik

[123](#)

Community, Empowerment und Veränderung. Eine kritische Rekonstruktion der partizipativen Forschung und Erinnerungsarbeit mit Jugendlichen <i>Timo Voßberg und Eren Yıldırım Yetkin</i>	137
Momente des Dazwischen Reflexionspausen und Empowermentprozesse in einem partizipativen Forschungsprojekt zu Demokratieerfahrungen in Jugendverbänden <i>Rolf Ahlrichs und Stephanie Goeke</i>	151
Partizipative Forschung, Empowerment und die Mühen der Ebenen. Vom Problem, den Raum, die Zeit und die Fragestellung zu teilen <i>Elisabeth Richter, Wibke Riekmann und Oliver Stettner</i>	168
Empowerment, partizipative Forschung und <i>commons</i> <i>Florian Eßer, Sylvia Jäde und Judith von der Heyde</i>	184
Die Autor:innen und Herausgeber:innen	199

Partizipative Forschung und Empowerment in der Sozialen Arbeit

Zur Einführung in diesen Band

Stefan Schnurr und Clarissa Schär

Dieser Band versammelt ausgewählte Beiträge aus dem 3. *Trinationalen Workshop Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit*, der unter dem Titel „Empowerment in der partizipativen Forschung“ 2023 an der Fachhochschule Salzburg durchgeführt wurde. Ziel dieses Workshops war es, das Verhältnis von partizipativer Forschung und Empowerment näher auszuleuchten, indem konkrete Projekte aus dem Spektrum der partizipativen Forschung vorgestellt und reflektiert werden.

Eine Thematisierung des Zusammenhangs von partizipativer Forschung und Empowerment liegt aus verschiedenen Gründen nahe. Beide Konzepte zielen auf eine Korrektur von Machtasymmetrien zugunsten von Benachteiligten, auf den Abbau sozialer Ungleichheit, auf die Mobilisierung von Rechten und auf die Erweiterung von Berechtigungen in der Demokratie. Sie sind nicht nur stark wertebasiert, sondern haben auch weite Schnittmengen hinsichtlich ihrer grundlegenden Wertpositionen, insofern sie sich explizit auf die Grund- und Menschenrechte stützen oder mit diesen in zentralen Positionen übereinstimmen. Sie zielen auf das Fördern von Prozessen, in denen sich individuelle und soziale Transformationen miteinander verbinden, um eine Reduktion von Herrschaft, eine Verwirklichung von Rechten und eine Zunahme von sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu bewirken. In beiden Fällen handelt es sich um Konzepte, bei denen wichtige Entwicklungsphasen durch kulturelle, soziale und politische Bedingungen in Lateinamerika, Canada und den USA geprägt wurden und die im Prozess der Übertragung auf Forschungs- und Sozialarbeitslandschaften in den drei deutschsprachigen Ländern Gewichtungen und Anpassungen erfahren haben. Und schließlich: In verschiedenen Ansätzen zur Bestimmung der spezifischen Chancen und Potenziale partizipativer Forschung wird die Annahme vertreten, dass gerade die partizipative Forschung in besonderer Weise geeignet sei, das Empowerment der Beteiligten zu fördern (z. B. von Unger 2014, S. 44 ff.; Clar/Wright 2020; Dudgeon et al. 2017; Röger-Offergeld 2023).

Diese Einführung kann und will weder eine theoretische Bestimmung des Verhältnisses von Empowerment und partizipativer Forschung leisten noch die historischen und gegenwärtigen Bezugnahmen und gegenseitigen Allianzbekundungen zwischen diesen Konzepten bzw. ihren Vertreter:innen aufarbeiten.

Dies wäre für sich schon ein eigenes und aufwändiges Forschungsprogramm. Der Anspruch ist bescheidener: es geht um eine grobe Übersicht zu Zusammenhängen zwischen Empowerment und partizipativer Forschung. Der Text ist narrativ angelegt und weist auf Bezüge, Verwandtschaften und Wahlverwandtschaften hin, die uns im Laufe der Auseinandersetzung mit diesem Verhältnis als besonders bedeutsam erschienen sind. Die nachfolgenden Ausführungen sollen illustrieren, dass Empowerment und partizipative Forschung selbst als Konzepte jeweils in Traditionen verankert sind – und dass die Frage, ob und wie sie sich wechselseitig unterstützen (können) bzw. inwiefern sie füreinander konstitutiv sind, selbst Teil dieser Traditionen ist. Damit will die Einleitung den thematischen Rahmen für die in diesem Band versammelten Beiträge aufspannen. Der Zweck liegt primär darin, Neugier auf die nachfolgenden Beiträge zu wecken und zur Reflexion über das Verhältnis von Empowerment und partizipativer Forschung anzuregen.

1. Empowerment als mehrdimensionaler Prozess

Der Begriff Empowerment geht auf Barbara Bryant Solomons Buch „Black Empowerment: Social work in oppressed communities“ (1976) zurück. Dabei handelt es sich um ein Lehrbuch, dessen Absicht es war, Studierenden und Praktiker:innen der Sozialen Arbeit ein Rahmenkonzept für Soziale Arbeit mit „black communities“ anzubieten. In ihrem Werk entfaltete sie eine diskriminierungssensible, rassismuskritische und machttheoretisch fundierte Theorie, mit der sie Empowerment zugleich (sozial-)psychologisch und politisch fasste (vgl. Blank 2024, S. 12f.). Solomons Ausgangspunkt war „that individuals and groups in black communities have been subjected to negative valuations from the larger society to such extent that powerlessness in the group is pervasive and crippling“ (1976, S. 12). Erfahrungen rassistischer Diskriminierung haben Folgen für die Selbstkonzepte der Betroffenen: „negative valuations or stigmas attached to the racial identification become incorporated into family processes and prevent optimum development of personal resources“ (ebd., S. 17). „Powerlessness“ könne vor diesem Hintergrund definiert werden

„as the inability to manage emotions, skills, knowledge and/or material resources in a way that effective performance of valued social roles will lead to personal gratification. The power deficiency so often seen among minority individuals and communities stems from a complex and dynamic interrelationship between the person and his relatively hostile social environment“ (Solomon 1976, S. 16f.).

Zwar seien viele Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit darauf ausgerichtet, mit „powerlessness“ umzugehen, da diese in fast allen Klient:innen(systemen) zum Ausdruck komme, allerdings, so fährt die Autorin fort:

„Yet, for the black client – or client who is a member of a minority racial or ethnic group – there are some special characteristics of their response to a negative relation which require consideration in the problem-solving process. This can be described as the need for specific techniques or strategies of empowerment. Empowerment is defined as a process whereby the social worker or other helping professional engages in a set of activities with the client aimed at reducing the powerlessness stemming from the experience of discrimination because the client belongs to a stigmatized collective“ (Solomon 1976, S. 29).

In den 1980er Jahren entwickelten Charles Kieffer, Julian Rappaport, Marc Zimmerman und andere in verschiedenen Beiträgen (z. B. Kieffer 1981, 1984; Rappaport 1987; Reischl/Zimmerman/Rappaport 1987; Zimmerman 2000) Empowerment als Rahmenkonzept der Gemeindepsychologie, das sich explizit als Alternative zu individuumszentrierten Hilfekonzepten verstanden und individuelle Entwicklung mit Gemeinschaftsbildung und politischer Partizipation verbunden hat:

„Empowerment is not only an individual psychological construct, it is also organizational, political, sociological, economic, and spiritual. Our interests in racial and economic justice, in legal rights as well as in human needs, in health care and educational justice, in competence as well as in a sense of community, are all captured by the idea of empowerment“ (Rappaport 1987, S. 130).

Empowerment wurde verstanden als „a process, a mechanism by which people, organizations, and communities gain mastery over their affairs. Consequently, empowerment will look different in its manifest content for different people, organizations, and settings“ (ebd., S. 122). Kieffer (1984) rekonstruierte Empowerment als einen langfristigen Prozess der Persönlichkeitsbildung, der vier idealtypische Phasen durchläuft: er beginnt mit „powerlessness“ in der *Era of Entry* (Kieffer 1984, S. 18) und entwickelt sich über Bewusstseinsbildungsprozesse weiter in die Phase der aktiven Politisierung durch Teilnahme in politischen Aktionen (*Era of Advancement*), durch die das Bewusstsein über die eigenen Fähigkeiten zum politischen Handeln konsolidiert und eine reflektierte Rollenidentität als politisch:e Akteur:in erworben werden (*Era of Incorporation*) bis hin zu einer „fully realized participatory competence“ (*Era of Commitment*) (Kieffer 1984, S. 24, 18 ff.; vgl. den Beitrag von Rosenlechner-Urbanek/Berner in diesem Band; siehe auch Herriger 2024, S. 174).

In den (gemeinde-)psychologischen Konzeptionen von Autoren wie Kieffer, Rappaport und Zimmerman wird der bei Solomon (1976) angelegte enge Bezug zu *black communities* (und zur Schwarzen Bürgerrechtsbewegung) gelöst. Empowerment wird in gewisser Weise universalisiert und als Strategie gegen jede Form von Benachteiligung und Diskriminierung entworfen. Gemeinsam ist

beiden Zugängen die Verknüpfung verschiedener Dimensionen in einem komplexen Wirkungszusammenhang: Empowerment umfasst transformative Prozesse auf der Ebene von Individuen und Kollektiven (Gemeinschaften, Gruppen); es schließt Momente der Solidarisierung ebenso ein wie Aktionen, die an relevante Öffentlichkeiten und das politische System adressiert sind. Empowerment hat in diesen Arbeiten einen unüberhörbaren politischen und emanzipatorischen Grundton. Spätestens in den 1980er Jahren lagen in verschiedenen Ländern diverse Konzepte mit ähnlichen Grundannahmen und Zielsetzungen vor, die sich ebenfalls (wenn auch in unterschiedlicher Weise) mit dem Empowermentbegriff verbanden; unter diesen waren auch Ansätze, die eine größere Nähe zur Pädagogik (Pädagogik der Befreiung) oder der Sozialen Arbeit (Community Work, Community Organizing) aufwiesen. Viele von ihnen waren erkennbar stärker in der Bürgerrechtsbewegung sowie rassismuskritischen und antikolonialen Bewegungen verwurzelt.

Folgt man dem gemeindepsychologischen Verständnis von Empowerment, dann kann von einem vollständigen Empowermentprozess gesprochen werden, wenn auf verschiedenen Ebenen (Individuum, Gruppen und Gemeinschaften) Transformationen (Bewusstsein, Fähigkeiten, Motivation) stattfinden, die wiederum zu Aktionen führen (die auf gemeinsame politische Ziele ausgerichtet sind) und im politischen System Entscheidungen durchsetzen, die bewirken, dass Benachteiligung reduziert und Selbstbestimmung erweitert werden (vgl. Kieffer 1984, zit. n. Herriger 2024, S. 243). Es wird deutlich, dass es sich um ein dynamisches und komplexes Modell mit ausgesprochen vielen Interdependenzen und Kontingenzen handelt. Hier setzt Bröcklings zugespitzte Kritik am Empowermentbegriff und seiner Verwendung an: „Empowerment hat eine deskriptive wie eine präskriptive Seite; es ist gleichermaßen Ziel, Mittel, Prozess und Ergebnis persönlicher wie sozialer Veränderungen“ (Bröckling 2003, S. 323; vgl. Eßer/Jäde/von der Heyde in diesem Band). In Anlehnung an gouvernementalitätskritische Perspektiven wandte sich Bröckling gegen eine verkürzte Auslegung von Empowerment als Selbstermächtigung und damit als Unterwerfung unter den neoliberalen Impetus der Selbstregierung und Responsibilisierung. Als Antwort auf diese Kritik wird in aktuellen deutschsprachigen Diskursen ein sich stärker machtkritisch, postkolonial, demokratisch und politisch ausweisendes Verständnis von Empowerment favorisiert, das sich oft auf die frühe Konzeption von Solomon (1976) stützt und die Transformation sozialer Strukturen unter der Zielsetzung der Emanzipation unterdrückter, benachteiligter und diskriminierter Gruppen betont (vgl. Berner 2022, S. 108).

Empirische Forschung spielte bereits in diesen frühen Arbeiten zu Empowerment eine Rolle. Kieffer (1984) entwickelte sein Modell von Empowerment auf der Grundlage einer explorativen empirischen Studie über die Biographien von fünfzehn Personen, die in „local political processes or grassroot leadership roles“ (ebd., S. 13) involviert waren. Seinen Forschungsansatz bezeichnete er selbst als

„dialogic retrospection“ (ebd.). Rappaport (1987) plädierte für die Entwicklung einer „ecological theory of empowerment“ (ebd., S. 139), die auf der Grundlage empirischer Forschung über reale Empowermentprozesse zu entwickeln sei. Dafür sei jedoch eine spezifische Forschungshaltung notwendig, die sich von konventionellen Forschungsverständnissen abwenden müsse, um Machtasymmetrien im Verhältnis von Forschenden abzubauen. Forschung über Empowerment(prozesse) müsse anders vorgehen:

„The people of concern are to be treated as collaborators; and at the same time, the researcher may be thought of as a participant, legitimately involved with the people she is studying. The researcher in this way may be more like an anthropologist and action researcher [...] than like a laboratory scientist. Because our research and our interventions require us to interact with other human beings, and because we are also human beings, there is an acknowledged mutual influence process“ (Rappaport 1987, S. 140, Herv. i. O.).

Implizit verweist Rappaport auf strukturelle Homologien zwischen Empowerment und *action research*, die insbesondere in der Dimension des Verhältnisses zwischen Forschenden und Beforschten zum Ausdruck kommen. Empowermentforschung soll sich nicht am naturwissenschaftlichen Modell einer Laborsituation mit ihrer klaren Trennung zwischen forschenden Subjekten und beforschten Objekten orientieren, sondern an den Modellen der anthropologischen Forschung („Menschen forschen über Menschen“) und der *action research*. Forschung wird als Interaktion zwischen *human beings* gerahmt, die bei Rappaport als mit Rechten ausgestattete Bürger:innen konzipiert werden.

Als Zwischenergebnis lässt sich festhalten, dass in den frühen angloamerikanischen Konzepten von Empowerment nicht nur Partizipation ein wichtiges Moment ist, sondern dass sie sich auch als offen und anschlussfähig für Konzeptionen der *Action Research* zeigten. Im nächsten Abschnitt wird darauf eingegangen, wie frühe Ansätze von *Action Research* und *Participatory Action Research* den politisch-emanzipatorischen Impuls, der auch die frühen Empowermentkonzepte leitet, aufgreifen, um innovative Konzeptualisierungen von Forschung zu kreieren, in denen jedoch Partizipation unterschiedlich gewichtet wird.

2. Action Research und Participatory Action Research

Partizipative Forschung steht für einen „Forschungsstil“ (Bergold/Thomas 2012, Abs. 2) bzw. für ein Spektrum von „Forschungsansätzen“ (von Unger 2014, S. 1), deren Herkunft und Entwicklung außergewöhnlich stark durch Netzwerke geprägt wurden, in denen Akteur:innen aus verschiedenen Kontinenten neue Forschungsansätze erprobten, ihre Konzepte und Erfahrungen austauschten

und sich wechselseitig inspirierten (vgl. Robles Lomeli/Rappaport 2018). Die Entwicklungsgeschichte reicht je nach Darstellung in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts, mindestens jedoch bis in die 1940er zurück (vgl. Jacobs 2018, S. 36). Als Urheber des Begriffs *Action Research* nennen die meisten Darstellungen Kurt Lewin (1946), den deutschen Sozialpsychologen mit polnischen Wurzeln, der 1933 in die USA emigrierte. In der US-amerikanischen Wissenschaftslandschaft der 1940er Jahre entwickelte sich *Action Research* zu einem Sammelbegriff für einen Typ von Studien, die darauf ausgerichtet waren, nicht nur ihren jeweiligen (sozialwissenschaftlichen) Gegenstand zu erhellen, sondern zugleich praktische Resultate in der Gestalt einer Transformation von Praxen, Politiken und gesellschaftlichen Strukturen zu fördern: ein soziales Problem sollte nicht nur erforscht, sondern mithilfe des entstehenden Wissens auch bearbeitet werden. Auch die *Studies in Prejudice*, die das in die USA emigrierte *Frankfurter Institut für Sozialforschung* in den 1940er Jahren in Zusammenarbeit mit dem *American Jewish Congress* und dem *Jewish Labour Committee* durchführte, wurden von Horkheimer, Jahoda, Löwenthal und andere Beteiligten als *action research* verstanden (vgl. Ziege 2009, S. 261). Sie sollten wissenschaftlich begründete Einsichten über Zusammenhänge zwischen Klassenlage, Vorurteil und Diskriminierung hervorbringen und gleichzeitig Akteur:innen in Bildung, Kultur und Verwaltung in einer Weise instruieren, die sie befähigt, dem Antisemitismus wirksam zu begegnen (wobei Adorno später betonen sollte, dass mit der ebenfalls zu diesem Forschungszusammenhang gehörenden Studie *The Authoritarian Personality* weder „community“ noch „action research“ beabsichtigt gewesen sei; siehe Ziege 2009, S. 260 ff.; Adorno 2019, S. 37 ff.).

Während *Action Research* in der auf Lewin zurückgehenden Prägung ganz überwiegend akademische Forschung innerhalb des institutionellen Gefüges universitärer Forschung geblieben ist, wird diese Verankerung in den Konzeptionen, die unter dem Begriff der *Participatory Action Research* zusammengefasst werden, aktiv gelöst und auf Orte außerhalb des etablierten und institutionalisierten Wissenschaftssystem erweitert (vgl. Robles Lomeli/Rappaport 2018, S. 599; Bergold/Thomas 2012, Abs. 6 ff.).

Participatory Action Research ist eine Forschungstradition mit starken Wurzeln in den antikolonialen sozialen Bewegungen des globalen Südens und insbesondere im Lateinamerika der 1970er und 1980er Jahre (vgl. Cornish et al. 2023). Maßgeblich geprägt wurde sie unter anderem durch den kolumbianischen Soziologen Orlando Fals Bola (der intensive Austauschbeziehungen mit Forschenden aus Canada, Tanzania, Indien und den USA pflegte) und den brasilianischen Pädagogen Paolo Freire. Auch die Ansätze des brasilianischen Theatertheoretikers Augusto Boal, Theater als Methode zur kritischen Gesellschaftsanalyse zu praktizieren, sind in dieser Tradition zu verorten (vgl. Robles Lomeli/Rappaport 2018, S. 599). Zentrale Anliegen der *Participatory Action Research* sind die Anerkennung nicht-akademischer und erfahrungsbasierter („indigener“) Wissensformen,

die Dekolonisierung des Methodenrepertoires und die Kontextualisierung von Forschung: „As anti-colonial movements worked to overthrow territorial and economic domination, they also strived to overthrow symbolic and epistemic injustices, ousting the authority of Western science to author knowledge about dominated peoples“ (Cornish et al. 2023, S. 2). Gemäß den Grundannahmen und -anliegen der *Participatory Action Research* soll Forschung nicht nur an Orten außerhalb der etablierten Wissenschaftsinstitutionen praktiziert werden, es sollen auch Akteur:innen beteiligt sein, die diesem System nicht zugehören. Begründet wird dies mit der „epistemological assumption that knowledge is constructed socially and therefore that research approaches which allow for social, group or collective analysis of life experiences of power and knowledge are most appropriate“ (Hall 1992, S. 20, zit. n. Robles Lomeli/Rappaport 2018, S. 598). Folgt man dieser Begründung, dann sind es auch nicht mehr länger Bildungszertifikate oder Berufsrollen im Wissenschaftssystem, die für eine Teilnahme an Forschung qualifizieren, sondern Betroffenheiten und Erfahrungen. Forschung wird nicht nur von den darauf spezialisierten Institutionen entkoppelt, sie wird auch von Akteur:innen getragen, die in konventionellen Forschungsansätzen keinen Zugang zu einer aktiven Beteiligung an Forschung haben, die über die passiven Rollen von Beobachteten oder Informant:innen hinausgeht und so von forschungsbezogenen Entscheidungen ausgeschlossen sind.

Eine grundlegende Gemeinsamkeit von partizipativer Forschung und Empowerment liegt in der (Selbst-)Zuschreibung eines transformatorischen Potenzials und im Bekenntnis zur Befreiung aus ungerechten sozialen Strukturen als einer übergreifenden Zielsetzung. Damit haben beide Konzepte eine starke politische Grundierung, die sowohl in den Begründungen als auch in den Zielsetzungen zum Ausdruck kommt. Im nächsten Abschnitt soll nun kurz auf das Thema der Rezeption im deutschsprachigen Raum eingegangen werden. In diesem Zusammenhang scheint es unumgänglich, auch den Begriff der Aktionsforschung einzuführen und deren Verhältnis zu partizipativer Forschung zu diskutieren. Dabei werden auch unterschiedliche Vorstellungen zum Stellenwert von Empowerment deutlich.

3. Zur Diskussion im deutschsprachigen Raum

Die deutschsprachige Diskussion zu Aktionsforschung und partizipativer Forschung lässt sich grob in zwei Phasen unterteilen: die Phase der Aktionsforschung in den 1970er Jahren und die neuere Diskussion über partizipative Forschung seit den 2000er Jahren. In ihrem Diskussionsbeitrag zur „Aktionsforschung im deutschsprachigen Raum“ vertreten Unger, Block und White (2007) die Position, dass sprachräumliche Differenzen und unterschiedliche Rezeptionsverläufe die Verständnisse und Anwendungspraxen der Aktionsforschung und der

partizipativen Forschung nachhaltig geprägt haben. Folgt man dieser Darstellung, dann muss man die Arbeiten aus der kurzen Renaissance der Aktionsforschung in Deutschland in den 1970er Jahren (z. B. Haag et al. 1972; Moser 1975) nach zwei Seiten hin abgrenzen: zum einen zur *Action Research* US-amerikanischer Prägung, obwohl sie sich explizit auf Kurt Lewin bezogen hat (vgl. von Unger/Block/White 2007, S. 10), zum anderen zur *Participatory Action Research* in der Prägung durch den globalen Süden.

Erst die Diskussionen um partizipative Forschung (bzw. „partizipative Forschungsmethoden“ von Unger/Block/White 2007, S. 22), die nach der Jahrtausendwende einsetzte, rezipierte die epistemologischen und konzeptuellen Grundannahmen der *Participatory Action Research*, etwa in den Fokussierungen wie sie in Beiträgen des 2001 erschienenen und von Peter Reason und Hilary Bradbury herausgegebenen *Handbook of Action Research: Participative Inquiry and Practice* zum Ausdruck kamen. In dieser Phase der Rezeption findet dann auch die Forderung nach der Erweiterung auf Orte und Beteiligte *außerhalb* des Wissenschaftssystems im deutschsprachigen Raum mehr Beachtung. Dies soll im Folgenden anhand von Definitionen bzw. Bestimmungen partizipativer Forschung illustriert werden. Exemplarisch für diesen neuen Mainstream in der Diskussion um partizipative Forschungsansätze ist etwa, wie von Unger die gemeinsamen Merkmale der verschiedenen Konzepte partizipativer Forschung in kondensierter Form zusammenfasst:

„1) Beteiligung (Partizipation) von nicht-wissenschaftlichen Akteuren als Co-Forscher/innen am Forschungsprozess; 2) Stärkung dieser Partner durch Lernprozesse, Kompetenzentwicklung und individuelle und kollektive (Selbst-)Befähigung (*Empowerment*); und 3) die doppelte Zielsetzung von Erforschung *und* Veränderung sozialer Wirklichkeit und damit verbunden der Interventionscharakter und die Handlungs-/Anwendungsorientierung der Forschung“ (von Unger 2014, S. 10, Herv. i. O.).

Während von Unger (2014) die „doppelte Zielsetzung von Erforschung *und* Veränderung“ (ebd., S. 10, Herv. i. O.) in der Form von gesellschaftlichen Transformationsprozessen, optimierten Programmen und Praxen von Professionen oder Institutionen betont, heben Bergold (2017) und Eßer et al. (2020) den Aspekt der Beteiligung von Akteur:innen ohne (Berufs-)Rollen im Wissenschaftssystem an Entscheidungen im Forschungsprozess hervor. Eßer et al. (2020, S. 6) plädieren für eine „analytische Bestimmung partizipativer Forschung, die sich auf formale und überprüfbare Kriterien abstützt“ und sprechen von partizipativer Forschung, wenn folgende Bedingungen (gleichzeitig) erfüllt sind:

- „In einem Forschungsprozess wirken nicht nur Personen mit, die dem organisierten Wissenschaftssystem angehören, sondern auch Personen, die diesem nicht angehören.“

- Die Beteiligten teilen sich wechselseitig ihre Anliegen und Interessen in Bezug auf die Forschung, deren Themen und Fragezusammenhänge sowie über ihre Absichten hinsichtlich der Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse mit und stellen diese zur Disposition.
- Es wird systematisch Auskunft darüber gegeben, wer an welchen forschungsbezogenen Entscheidungen beteiligt ist und wer in Bezug auf welche Entscheidungen welche Entscheidungsmacht besitzt. Die Rechte und Rollen aller Forschungsbeteiligten in Bezug auf den Prozess und die Ergebnisse der Forschung sind transparent erklärt“ (Eßer et al. 2020, S. 6).

Gemäß dieser Position liegt in der transparenten Beteiligung von Personen innerhalb und außerhalb des Wissenschaftssystems an forschungsbezogenen Entscheidungen das besondere und konstitutive Merkmal partizipativer Forschung. Gleichwohl gehe es auch bei der partizipativen Forschung um das Erzeugen neuen Wissens. Sowohl Bergold (2017) als auch Eßer et al. (2020) verorten die konstitutiven Merkmale partizipativer Forschung in besonderem Maße im Forschungsprozess selbst: in der demokratischen und machtsensiblen Gestaltung von Forschungsprozessen. Im Vergleich mit der wiedergegebenen Definition bei von Unger (2014, S. 10) werden gesellschaftliche Veränderungen außerhalb des eigentlichen Forschungsprozesses und der „Interventionscharakter“ von Forschung in ihren Bestimmungen partizipativer Forschung eher untergewichtet. Während die Positionen von Eßer et al. (2020) und Bergold (2017) darin übereinstimmen, dass sie das Thema der Entscheidungsbeteiligung und die Frage der darauf bezogenen Rechte und Berechtigungen in den Mittelpunkt stellen, weichen sie hinsichtlich des Stellenwerts, der dem Empowerment zugeschrieben wird, voneinander ab. Bergold (2017) sieht gerade in der Beteiligung an Entscheidungen im Forschungsprozess Chancen auf ein Empowerment der Beteiligten:

„Bei der partizipativen Forschung im engeren Sinn nehmen die Rechte aller Teilnehmer*innen bei den Entscheidungen im Forschungsprozess immer mehr zu, so dass im Idealfall professionell Forschende und Forschungspartner*innen miteinander die Entscheidungen im Forschungsprozess auf Augenhöhe fällen. Gleichzeitig mit der Zunahme der Partizipation, die ja die aktive Teilnahme aller Beteiligten bedeutet, nimmt auch das Empowerment auf einer persönlichen, aber auch auf einer institutionellen Ebene zu. Ersteres bedeutet Entwicklung der Persönlichkeit im Prozess und letzteres die Veränderung der institutionellen Bedingungen durch die Teilnehmenden. Ob es zu diesen Veränderungen kommt, ist allerdings das Ergebnis eines komplexen Prozesses, der durch Kommunikation, (Selbst-)Reflexion und Transparenz erst ermöglicht und geprägt wird“ (Bergold 2017, S. 8).

Nach Bergold ist es demnach explizit die Partizipation als aktive Teilnahme, die das Empowerment fördert. Ähnlich in der Sache, aber ohne sich den Empowermentbegriff zu eigen zu machen, argumentieren Eßer et al. (2020), dass sich in der gemeinsam geteilten Verantwortung für Forschungsprozesse „(Selbst-)Bildungsprozesse im Sinne transformatorischer Bildungstheorien (z. B. Marotzki 1990) vollziehen [können], die sich (im förderlichen wie im hinderlichen Sinne) auf die Handlungsfähigkeit aller Beteiligten auswirken“ (Eßer et al. 2020, S. 9). Ihrer Ansicht nach gibt es einen „systematischen Zusammenhang von sozialpädagogischem Bildungsanspruch und den Intentionen partizipativer Forschung“ (ebd.). Ihre Konzeption von partizipativer Forschung wird vor allem epistemologisch, bildungstheoretisch und demokratietheoretisch begründet.

Aus theoretischer Sicht wäre es zweifellos lohnend, die Frage nach den Vor- und Nachteilen der hier exemplarisch vorgestellten Varianten einer Bestimmung partizipativer Forschung weiter zu vertiefen. Dies kann und soll im Rahmen dieser Einführung jedoch nicht weiter ausgeführt werden. Stattdessen halten wir an dieser Stelle als Zwischenergebnis fest:

- Die deutschsprachigen Entwürfe und Praxen partizipativer Forschung stehen in den Traditionen der *Action Research* und der *Participatory Action Research*. Partizipative Forschung, *Action Research* und *Participatory Action Research* sind wertebasierte Konzeptionen von Forschung, die gleichzeitig darauf zielen, neues Wissen hervorzubringen und einen Abbau von sozialer Ungleichheit und Exklusion, die Verwirklichung von Menschenrechten und Grundrechten sowie eine Steigerung von sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu fördern. Das Verhältnis dieser unterschiedlichen Wirkungsebenen bleibt in vielen Konzeptualisierungen weitgehend unbestimmt. Diese Zielsetzungen verbinden sich in unterschiedlichen Nuancierungen mit einer Aufwertung lebensweltlichen und erfahrungsbezogenen Wissens gegenüber herkömmlichen Formen akademischen Wissens; zunehmend beziehen sie auch kritischen Positionen aus der Diskussion um epistemische Ungerechtigkeit ein (vgl. Fricker 2023). Sie beinhalten zudem Kritik an ungleichen Machtressourcen hinsichtlich der Bestimmung von Forschungsthemen und Forschungsfragen sowie der ungleichen Verteilung von Forschungsressourcen. Darüber hinaus werden etablierte Forschungsmethoden und etablierte Formen der Darstellung von Forschungsergebnissen kritisch hinterfragt. Partizipative Forschung, *Action Research* und *Participatory Action Research* lassen sich daher mit guten Gründen als Formen „transformatorischer Sozialforschung“ verstehen (vgl. Miko-Schefzig 2024).
- In zahlreichen Konzeptionen von partizipativer Forschung, *Action Research* und *Participatory Action Research* fungiert Empowerment als Chiffre für die intendierten Wirkungen auf der Seite der Personen bzw. Gruppen, die von Strukturen und Formen sozialer Ungleichheit, Benachteiligung,

Diskriminierung oder Nicht-Anerkennung betroffen sind und die ihre Beteiligungs- und Sozialrechte nicht verwirklichen können. Dazu zählen auch Personen und Gruppen, deren Zugänge zu Leistungen des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystems strukturell erschwert sind oder die durch solche Leistungen weitere (sekundäre) Benachteiligungen und Diskriminierungen erfahren. Partizipative Forschung will Kontexte kreieren, in denen die gelebten Erfahrungen dieser Personen und Gruppen differenziert wahrgenommen und anerkannt werden. Dies soll Lern- und Entwicklungsprozesse bei den betroffenen Personen oder Gruppen fördern und erweiterte Verständnisse der in den Blick genommenen benachteiligenden Strukturen und Wirkungsketten ermöglichen. Damit ist die Vorstellung verbunden, dass beide Aspekte wichtige Potenziale beinhalten, die als Grundlage für Veränderungen dienen können. Desgleichen wollen Projekte der partizipativen Forschung, die Empowerment zum Ziel haben, durch das Herstellen von Öffentlichkeiten und Aktionen den Anliegen der projektbeteiligten Betroffenen auf der politischen Ebenen Nachdruck verleihen und damit Prozesse unterstützen, die von den Betroffenen als Abbau sozialer Ungleichheit, Zuwachs an Anerkennung und Erweiterung ihrer Selbstbestimmungsmöglichkeiten bewertet werden. Folgt man dem hier zum Ausdruck kommenden Verständnis von Empowerment, dann lässt sich Empowerment nur als mehrdimensionales Konstrukt sinnvoll darstellen. Damit ist nicht nur der Zusammenhang zwischen Lernen und Entwicklung, (Selbst-)Organisation, und politisch wirksamen Aktionen andererseits gemeint. Ein Zuwachs an Macht und Selbstbestimmungsmöglichkeiten oder ein Abbau von Diskriminierungen betrifft nämlich nicht nur die im Fokus stehenden Personen und Gruppen, die sich in Projekten engagieren oder sich organisieren um ihre Anliegen öffentlich zu machen und auf Ungleichheiten aufmerksam zu machen und Ungleichheitsmomente zu reduzieren. Vielmehr haben solche Prozesse immer auch Auswirkungen auf andere Personen und Gruppen – vor allem auf jene, die an Macht verlieren, wenn Empowermentprozesse erfolgreich verlaufen. Empowerment besitzt somit eine Handlungs- und eine Strukturdimension. Da Empowerment die Frage der Verteilung adressiert (Macht, Ressourcen, Anerkennung), hat es eine politische Dimension. Diese Mehrdimensionalität von Empowerment (und seine Abhängigkeit von Interaktionen und Werturteilen) belasten die Verfügbarkeit von Empowerment. Vereinfacht gesprochen: Empowerment kann man anstreben, fördern, beobachten, erleben und erfahren – aber nicht gezielt herstellen und schon gar nicht *stellvertretend für andere*.

- Empowerment scheint im Kontext von Begründungen partizipativer Forschung und konkreter Vorhaben und Projekte, die sich diesem Forschungsansatz zuordnen, primär als Ausdruck einer Programmatik zu dienen. Empowerment nimmt dann zwar die Rolle einer Zielgröße ein, aber es wird häufig nicht expliziert, was unter Empowerment verstanden wird und auf

welchen Ebenen und in welchen Dimensionen Empowerment erwartet wird. Akzeptiert man das Argument der Nicht-Verfügbarkeit von Empowerment, hält aber andererseits an der Annahme fest, dass partizipative Forschungsansätze ein Potenzial besitzen, Empowerment zu fördern, dann lässt sich konstruktiv der Vorschlag begründen, Empowerment als Gesichtspunkt für die (gemeinsame) Reflexion, Analyse und Bewertung von (Projekten) partizipativer Forschung heranzuziehen und auf diese Weise das Wissen über (Wirkungs-)Zusammenhänge im Verhältnis von partizipativer Forschung und Empowerment zu erweitern und weiter auszudifferenzieren.

Hier sehen wir die primäre Funktion dieses Bandes und der hier gesammelten Beiträge. Sie sollen Beobachtungen, Analysen und Reflexionen zum Verhältnis von partizipativer Forschung und Empowerment zugänglich machen und den Lesenden einen Zugang zu einer vergleichenden Beobachtung und Reflexion dieses Verhältnisses ermöglichen. Aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Gewichtungen diskutieren die nachfolgenden Beiträge unter anderem folgende Fragen: Liegt in Projekten der partizipativen Forschung ein spezifisches Potenzial für ein Empowerment der an der Forschung Beteiligten? Worin ist es begründet und wie kann es ausgeschöpft werden? Welche Rolle spielen Lernen, Bildungsprozesse und demokratische Partizipation für eine fruchtbare Verbindung von Empowerment und partizipativer Forschung? Wie schlagen sich Machtverhältnisse in Prozessen und Kontexten partizipativen Forschung nieder und welche Gelegenheitsstrukturen ergeben sich daraus für das Empowerment der Beteiligten? Inwieweit können Projekte der partizipativen Forschung eigene und spezifische Gelegenheiten bieten für Prozesse, die zum Abbau von Diskriminierung und Ausgrenzung und zur Verwirklichung von Rechten beitragen? Welche Herausforderungen stellen sich für Akteur:innen in Projekten, die dem Konzept der partizipativen Forschung verpflichtet sind und die Absicht haben, zum Empowerment der Beteiligten beizutragen? Wie kann man ihnen begegnen? Was lässt sich aus Erfahrungen mit konkreten Projekten lernen?

4. Die Beiträge in diesem Sammelband

Doris Rosenlechner-Urbanek und *Heiko Berner* diskutieren Möglichkeiten von Empowerment in der partizipativen Forschung. Ihr Ausgangspunkt ist, dass sowohl Empowerment als auch partizipative Forschung der Zielsetzung folgen, Partizipation zu fördern, Lebenswelten zu beeinflussen und die sozialen und politischen Situationen von Beteiligten zu verbessern. Auf der Grundlage von Erfahrungen im partizipativen Aktionsforschungsprojekt *Partizipation und Gesundheitskompetenz von Asylbewerber:innen und anerkannten Flüchtlingen in Salzburg (PAGES)* arbeiten sie entlang der Forschungsphasen

Themensetzung, Datenerhebung, Datenauswertung und Dissemination differenziert Möglichkeiten und Grenzen einer gleichberechtigten Beteiligung von Forschungspartner:innen am Forschungsprozess heraus. Dabei zeigen sie auf, dass die Möglichkeiten der Beteiligung der Forschungspartner:innen in den Phasen der Themensetzung und der Dissemination umfangreicher sind als in den Phasen der Datenerhebung und Datenauswertung. Einen wichtigen Grund dafür sehen sie im Anschluss an Arbeiten von Bourdieu in der relativen Autonomie des wissenschaftlichen Feldes und der fehlenden Qualifizierung der Forschungsbeteiligten für die Forschungspraxis, die im Rahmen eines einzelnen Projekts meist nicht kompensiert werden kann. Vor diesem Hintergrund sehen sie günstige Möglichkeiten für Empowerment insbesondere in Projekten, die dem *Action Research*-Design folgen und mit Selbstorganisationen kooperieren.

Marlene Märker, Jacqueline Hackl und Magdalena Strasser untersuchen das Spannungsverhältnis von partizipativer Forschung und Empowerment aus einer hegemonietheoretischen Perspektive. Ihr Ausgangspunkt ist, dass Forschen immer in sozialen Ungleichheitsverhältnissen stattfindet, durch diese strukturiert und selbst in diese verstrickt ist. Daraus folgt, dass jedes Vorhaben, das darauf zielt, partizipativ zu forschen und zugleich Empowerment zu bewirken, vor Widersprüchen steht und Widersprüche generiert. Mit dem Rückgriff auf Gramsci eröffnen die Autorinnen einen eigenen Blick auf Empowerment, wie auch auf partizipative Forschung. Sie rücken die Frage in den Mittelpunkt, inwiefern Forschungsprozesse tatsächlich auf eine Vergrößerung von Denk- und Handlungsmöglichkeiten abzielen oder ob diese im gramscianischen Sinne eher eine Konsensbildung zu herrschenden Verhältnissen fördern. Unter der Annahme, dass partizipative Forschung sowohl herrschaftsstabilisierende als auch widerständige Praktiken fördern kann, diskutieren sie dieses Spannungsverhältnis entlang von drei Aushandlungsfeldern: den Ebenen, auf denen Empowerment angestrebt und gedacht wird, den Anerkennungsverhältnissen und Adressierungspraktiken in partizipativen Aushandlungsräumen und der (Um-)Verteilung von Ressourcen und Bedingungen für Reflexion. Im Ergebnis plädiert dieser Beitrag dafür, Empowerment im Rahmen von partizipativer Forschung nicht als eine normative Setzung zu verstehen, sondern als einen offenen Horizont.

Der Beitrag von *Katharina Mangold und Angela Rein* untersucht das Verhältnis von Empowerment und partizipativer Forschung im Kontext von Leaving Care. Die Autorinnen reflektieren anhand eigener Projekte, wie durch partizipative Ansätze marginalisierte Gruppen sichtbar gemacht werden sollen, stellen jedoch kritisch infrage, wer tatsächlich beteiligt und repräsentiert wird. Sie kommen zur Erkenntnis, dass oft vor allem ressourcenstarke Care Leaver:innen zu Wort kommen, während andere Perspektiven weiter unsichtbar bleiben. Die Gefahr der Reproduktion von Ausgrenzung und Verbesonderung besteht somit auch in partizipativen Forschungsformaten. Um dem entgegenzuwirken, plädieren die Autorinnen für eine konsequente intersektionale Perspektive und

eine machtsensible Gestaltung der Forschung, die die Vielfalt der Erfahrungen, der Lebenslagen und des Wissens stärker einbezieht. Nur so könne partizipative Forschung ihrem eigenen Anspruch auf Empowerment und umfassende Sichtbarmachung gerecht werden.

Silke Betscher, Christiane Falge, Ibtisam Ahmad, Nahera Ahmed, Dilbuhar Amin, Iman Hussein, Deeqa Ismail, Sabine Koloßa, Bushra Sharif, Elham Youssef und Julnar Aref liefern mit ihrem Beitrag einen vielschichtigen Einblick in eine auf Dauer angelegte Forschungs- und Aktionsgemeinschaft sowie die darin angelegten Potenziale für Empowerment und Transformation. Anhand des Stadtteillabors Bochum-Hustadt wird aufgezeigt, wie mit Methoden der Community-Forschung die vielfältig marginalisierten Bewohner:innen zu Community-Forscher:innen ausgebildet und gemeinsam soziale und gesundheitliche Ungleichheit erforscht und bearbeitet werden. Die Etablierung dauerhafter Strukturen fördert dabei Begegnungen und den Aufbau von Vertrauen geprägten Beziehungen, die im Sinne der Gemeinwesenarbeit eine langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner:innen ermöglichen können. Der Beitrag diskutiert unterschiedliche Herausforderungen dieses spezifischen Forschungs- und Zusammenarbeitssettings, das als „transformative Community-Forschung“ verstanden und gerahmt wird. Sie zielt auf die kollektive Problembearbeitung, die Stärkung individueller und kollektiver Handlungsfähigkeiten sowie die Erweiterung von Teilhabemöglichkeiten in benachteiligten Stadtteilen. Der Beitrag beschreibt eine mehrdimensional und multidirektional angelegte Praxis des Border-Crossings traditioneller Grenzen zwischen den in die Forschung Involvierten, verschiedenen sozialen Gruppen und unterschiedlichem Wissen.

Der Beitrag von *Katarina Prchal* basiert auf der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation des Projekts „Freiraum: Sexualität + ICH“ und diskutiert Möglichkeiten des Empowerments exemplarisch am Beispiel eines Workshops, an dem sich Erwachsene mit Lernschwierigkeiten zu Themen Liebe, Partnerschaft und Sexualität austauschen konnten. Diese Workshops, die in Zusammenarbeit mit Zentren für selbstbestimmtes Leben und anderen Selbstvertretungsorganisationen durchgeführt wurden, folgten der Leitidee, Empowerment in Hinsicht auf zwei Aspekte zu fördern: die Einflussnahme auf Forschung und die Weiterentwicklung einer selbstbestimmten Sexualität. In den Workshops und deren Auswertung kamen verschiedene Formate und Techniken der unterstützten Kommunikation zum Einsatz, die dazu beitragen sollten, Beteiligung zu ermöglichen und zu fördern. Inwieweit dies gelungen ist, war eine wichtige Frage der Evaluation, die vor allem die Interaktionen der beteiligten Personen und die Verteilung von (Rede-)Beiträgen der akademischen und nicht-akademischen Workshopteilnehmenden in den Blick nahm. Anhand von Ergebnissen der Datenauswertung und Informationen über weitere (individuelle) Entwicklungen wird exemplarisch aufgezeigt, dass ein Empowerment von Teilnehmenden sowohl

im Workshop selbst als auch über den Workshop hinaus in der Lebenswelt der Beteiligten ermöglicht werden konnte.

Susanne Lang, Iz Paehr, Tobias Zarges, Jasper Meiners und Michelle Terschi befassen sich in ihrem Beitrag mit dem partizipativen Forschungs- und Entwicklungsprojekt „s*heiter“. Ziel des Projekts war es, gemeinsam mit Erwachsenen, die in ihrer Kindheit sexualisierte Gewalt erlebt haben, virtuelle 2D-Austausch- und Begegnungsräume als „Ermächtigungsräume“ zu gestalten. Im Laufe des Forschungs- und Entwicklungsprozesses musste das Projektteam auf Erfahrungen des Scheiterns der ursprünglichen Projektidee und des Projektvorgehens reagieren. Daraufhin erfolgte eine Neuorientierung und Neukonzeption des Projekts hin zu einem partizipativen Forschungsprojekt, das am machtkritischen Konzept des *Design Justice*-Ansatzes ausgerichtet ist. Vor diesem Hintergrund diskutiert der Beitrag retrospektiv die Erfahrungen im Projekt sowie die Anlage des Projekts hinsichtlich transdisziplinärer Zusammenarbeit, gesellschaftlicher Transformation und Empowerment als wechselseitige Erweiterung von Agency.

Der Beitrag von *Sophia Schorr, Daniel Lieb, Leah Stange, Stefanie Vochatzer und Anna Maria Kamenik* widmet sich aus einer Ungleichheitstheoretischen Perspektive dem Zusammenspiel von partizipativer Forschung und Empowerment im Kontext von Menschen aus Nicht-Akademiker:innenfamilien an der Hochschule. Im Zentrum steht die Frage, wie die Erfahrungen dieser Gruppe – zu der sich die Autor:innen selbst zählen – kollaborativ erforscht und dabei empowernde Momente erzeugt werden können. Methodisch wird dafür das Konzept der Autoethnographie mit partizipativer Forschung verknüpft und dadurch die Trennung zwischen Forschenden und Beforschten überwunden. Der Beitrag nimmt eine methodologische Bestimmung dieser „kollaborativen Autoethnographie“ vor und beschreibt, wie über ko-konstruktive Erzählungen eine Forschungspraxis etabliert wird, die zwischen individueller Erfahrung und kollektiver Wissensproduktion oszilliert. Die gemeinsame Reflexion von Biographien und Bildungswegen ermöglicht nicht nur die (Wieder-)Aneignung von Handlungsspielräumen und Selbstwirksamkeit, sondern auch die Entwicklung von Solidarität, Netzwerkbildung und das Teilen von Vulnerabilitäten. In einem machtkritischen Sinne können dadurch kollektive Erfahrungen sichtbar gemacht, internalisierte Muster hinterfragt und bestehende Hochschulstrukturen kritisch adressiert werden.

Timo Voßberg und Eren Yıldırım Yetkin reflektieren in ihrem Beitrag die Potenziale und Grenzen von Empowerment im Kontext partizipativer Forschung mit Jugendlichen. Ausgehend von zwei Projekten zur Erforschung von Erinnerungspraktiken – einem mit einer Jugendgruppe in einer Verbandsstruktur und einem weiteren im Kontext Offener Jugendarbeit – wird deutlich, dass partizipative Forschung zwar oftmals den Anspruch von Empowerment verfolgt, dieser Anspruch aber im Praxiskontext problematisch bleibt. Die Teilhabe-, Transformations- und Befähigungsansprüche der partizipativen Forschung in

Settings der Jugendarbeit werden im Beitrag vor dem Hintergrund der Konzepte „Community“ und „community based participatory research (CBPR)“ kritisch untersucht. Die möglichen Effekte partizipativer Forschung auf Empowerment bleiben häufig punktuell und als „Aktivierungsmomente“ eher auf Bildungs-impulse bezogen als auf eine tiefgehende, politisch verstandene Ermächtigung im Sinne klassischer Empowermentkonzepte. Sie kommen zum Schluss, dass partizipative Forschung Impulse zu (Selbst-)Befähigung und Reflexion setzen kann, dass sie aber an deutliche Grenzen stößt, wenn gesellschaftliche Ungleichheit oder Schutzinteressen dominieren. Im Ergebnis plädieren Voßberg und Yetkin für eine kritisch-reflektierte Anwendung des Empowermentbegriffs innerhalb partizipativer Forschung und betonen die Notwendigkeit, partizipative Projekte konsequent an den Lebenswelten der jungen Menschen und den herrschenden Verhältnissen auszurichten.

Rolf Ahlrichs und *Stephanie Goeke* diskutieren das Verhältnis von Empowerment und partizipativer Forschung auf der Grundlage eines Forschungsprojekts zur Demokratiebildung in Jugendverbänden. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie junge Menschen Partizipation und Demokratie in „ihrem“ Jugendverband erleben. Empowerment war kein erklärtes Ziel dieses Projekts, das sich an der Konzeption der Handlungspausenforschung (vgl. Richter et al. 2003) orientierte, für den der Bildungsbegriff zentral ist. In ihrer Re-Analyse des Projekts kommen Rolf Ahlrichs und Stephanie Goeke zu dem Ergebnis, dass insbesondere im Prozessschritt der kommunikativen Validierung Gelegenheiten für das Eröffnen von Bildungsprozessen lagen – sowohl für die jungen Menschen als auch für die akademischen Forschenden. Der Ort der individuellen und kollektiven (Selbst-)Befähigung, so das Ergebnis, lag in Momenten des Dazwischen (zwischen Reflexion/Diskussion und Handeln), in denen die eigene demokratische Praxis kritisch diskutiert und Ideen zur Veränderung und Erweiterung demokratischer Partizipation in den Jugendverbänden entworfen wurden. Dies müsse man allerdings auch auf den Forschungsprozess selbst übertragen: entscheidend für das Ausschöpfen der Gelegenheiten, die Projekte der partizipativen Forschung für ein Empowerment der Beteiligten bieten, sei die Transparenz und Reflexion von Machtverhältnissen im Forschungsprojekt selbst.

Elisabeth Richter, Wibke Riekmann und *Oliver Stettner* diskutieren am Beispiel des Forschungsprojekts *Demokratische Partizipation Jugendlicher auf dem Lande. Potenziale und Perspektiven des ehrenamtlichen Engagements in Jugendverband und Kommune (DemoParK)* Gelingensbedingungen für die Realisierung von Partizipation und Empowerment. Das Projektdesign folgte dem Konzept der Handlungspausenforschung (vgl. Richter et al. 2003). Die Autor:innen zeigen selbtkritisch auf, dass die in dieser Konzeption partizipativer Forschung angestrebten demokratischen Potenziale nicht in vollem Umfang realisiert werden konnten, weil inhaltliche, strukturelle und organisatorische Hindernisse den Prozess der dialogischen Partizipation und des politischen Empowerments